

Programm

Basisdemokratische Partei Deutschland

Landesverband Sachsen

Version 2023/7-001 – 09.07.2023

Inhalt

Präambel	2
Die vier Säulen unserer politischen Arbeit	3
Themenschwerpunkte	4
Demokratie neu gedacht	4
Kommunalpolitik	5
Gesundheit & Soziales	5
Bildung & Kultur	7
Außenpolitik & Migration	8
Wirtschaft & Finanzen	9
Digitalisierung und Künstliche Intelligenz	10
Schutz der Lebensgrundlagen	11
Gleichberechtigung	12
Schlusswort und Impressum	12

Präambel

Menschen sehnen sich nach Liebe, Geborgenheit, Selbstbestimmung und einem erfüllten Leben in Frieden. Wir stellen diese Bedürfnisse in den Mittelpunkt unserer Politik.

Hervorgegangen aus der Protestbewegung gegen die Grundrechtseinschränkungen seit 2020, ist unsere Partei dazu übergegangen, Grundsätze einer besseren Gesellschaft zu diskutieren.

Mit uns erkennen immer mehr Menschen, dass unser System an seine Grenzen stößt, die Gewaltenteilung verloren gegangen ist und ihnen die freie Entscheidung für ein selbstbestimmtes Leben genommen wurde.

Wir sind mit den unterschiedlichsten Standpunkten und Lebenserfahrungen zusammengekommen, um am Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft mitzuwirken. Die Situation erfordert Umdenken, mutiges Handeln und neue Ideen.

In jedem Menschen liegt Schöpferkraft, welche es für die Erneuerung zu nutzen gilt. Wir wollen das im Grundgesetz verankerte Recht des Volkes auf Machtausübung zur Geltung bringen, indem wir die Menschen wesentlich stärker in politische Entscheidungsprozesse einbinden.

Für dieBasis in Sachsen ist es wichtig, die gesellschaftliche Situation zu analysieren, zu kritisieren und daraus konkrete politische Forderungen aufzustellen. Voraussetzung ist eine gründliche, achtsame und zielgerichtete Debatte ohne Vorurteile, die alle Teile unserer Bewegung umfasst.

Insofern spiegelt das folgende Programm den momentanen Stand der Diskussion wider, der durch die Mitwirkung der Mitglieder unserer Partei und der Bevölkerung stetig weiterentwickelt wird.

Sei Du selbst die Veränderung, die Du Dir für diese Welt wünschst!

Die vier Säulen unserer politischen Arbeit

Freiheit ist untrennbar mit dem Menschsein verbunden. Sie bietet den Raum für die individuelle und die gesellschaftliche Entwicklung. Jede Form von Zwang, Bevormundung und Manipulation ist abzulehnen, zu hinterfragen und zu beseitigen.

Machtbegrenzung ist für die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, unerlässlich. Die Konzentration von Macht in den Händen Weniger bewirkt, dass die Interessen der meisten Mitglieder der Gesellschaft übergangen werden. Die Gewaltenteilung muss stets gewährleistet sein, eine Anhäufung von Ämtern in Politik, Verwaltung und Wirtschaft ist zu verhindern, ebenso wie grenzenlose Kapitalanhäufung. Medien sind unabhängig von Politik und Wirtschaft zu halten, um Meinungsvielfalt abzusichern.

Achtsamkeit ist der Bewusstseinszustand, in dem unsere eigenen sowie die Bedürfnisse der Mitmenschen wahrgenommen werden. Sie ermöglicht das konstruktive Verhandeln von Lösungswegen, baut Brücken, wo unterschiedliche Weltbilder aufeinandertreffen und schafft so ein friedvolles Miteinander. Aus einem achtsamen Umgang mit sich selbst erwächst auch ein achtsamer, respektvoller Umgang mit der Natur, deren Teil wir sind.

Schwarmintelligenz erschließt das in allen Menschen liegende Potenzial für das Wohl der Allgemeinheit. Um komplexe Themengebiete zu erfassen, sind Wissen und Erfahrungen vieler notwendig. Nur ein aus verschiedenen Perspektiven betrachteter Sachverhalt lässt sich in seiner Gesamtheit erkennen. Der Austausch verschiedener Sichtweisen schafft Ideenreichtum beim Suchen und Finden von Lösungsmöglichkeiten. Eine koordinierte Zusammenarbeit und der freie Zugang zu umfassender Information sind dafür zu gewährleisten.

Themenschwerpunkte

Demokratie neu gedacht

Aktuell sind die Möglichkeiten der Bevölkerung zur politischen Teilhabe stark eingeschränkt und sie findet sich in vielen politischen Entscheidungen zu wenig wieder. Das führt zu Enttäuschungen und der Erfahrung, beim politischen Geschehen und den konkreten Auswirkungen auf unser Leben nichts zu bewirken.

Wir sehen zwei Wege dies zu ändern.

Voraussetzung für die gemeinsame Konsensfindung ist der uneingeschränkte Zugang zu Informationen in den Medien, unterschiedlichen Standpunkten und Expertenmeinungen, frei von Interessens- und Lobbyistengruppen. Erst dadurch lassen sich vielfältige Debatten führen, die durch freie, von Wirtschaft und Staat unabhängige Medien, Kultur- und Bildungseinrichtungen angeregt werden.

Basisdemokratie bedeutet, dass alle Menschen die Möglichkeit bekommen sollen an der Entscheidungsfindung teil zu haben. Durch Bürgerräte, Volksbegehren oder -entscheide können die Menschen wieder aktiv in das politische Geschehen eingebunden werden. Durch konkrete Angebote zum Austausch entsteht ein Meinungsbildungsprozess, in den sich jeder einbringen kann. Hierdurch entwickeln sich politische Forderungen direkt aus der Gesellschaft heraus.

Durch den erarbeiteten gemeinsamen Konsens werden Entscheidungen getroffen, die eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung findet und somit zum Wohle aller dienen kann.

Die Ergebnisse der Bürgerräte, Volksbegehren oder -entscheide sollen verpflichtend für die nächst höhere Ebene werden, die dann für die Umsetzung zuständig ist.

Die Umsetzung muss von Menschen gestaltet werden, die auch die fähige Kompetenz dafür besitzen. Bei Verstößen muss es einen rechtlichen Rahmen geben, die die Haftung derer regelt. Das beinhaltet u.a., dass die Politiker kein weiteres Nebeneinkommen besitzen dürfen, um den Erhalt der Unbefangenheit zu gewährleisten.

Deshalb fordern wir: Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide auf ein mögliches Maß herunterzusetzen.

Kommunalpolitik

Basisdemokratie beginnt auf der kommunalen Ebene. Kompetenz, Rechenschaft, Verantwortung und Bürgernähe werden zuerst mit Kommunalpolitik in Verbindung gebracht. Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sind die politischen Vertreter mit der größten Nähe zum Bürger. Uns ist bewusst, dass kommunale Politik sehr stark von übergeordneten Rahmenbedingungen und der finanziellen Ausstattung der Gemeinden abhängt.

Im Bundesland Sachsen entscheiden die drei Landesdirektionen über die Vergabe von Fördermitteln. Diese staatlichen Organisationen bestimmen ohne Mandat des Volkes über einen großen Teil kommunaler Finanzen. Förderprogramme des Bundes und des Freistaates Sachsen unterlaufen dadurch die freie Entscheidung auf kommunaler Ebene. Diese Verwaltungsebene beschränkt so die Selbstbestimmung der Bevölkerung. Diese Praxis hat wenig mit Demokratie zu tun und ist zu beseitigen.

Wir sehen daher zwei wesentliche Aufgaben für unser politisches Wirken: Zum einen braucht es eine Reform der Gemeindefinanzierung. Gewählte Vertreter benötigen direkten Zugang zu Ressourcen, um im Sinne der Stadt oder Gemeinde agieren zu können. Zum anderen gilt es, das Subsidiaritätsprinzip zu gewährleisten, sodass Entscheidungen so nah wie möglich am Bürger getroffen werden. Befugnisse nationaler oder gar supranationaler Institutionen wie der EU, EZB, WHO, NATO oder UNO dürfen maximal Empfehlungscharakter haben und nicht die Entscheidungen auf kommunaler Ebene diktieren.

Gesundheit & Soziales

Unsere Gesundheit resultiert aus körperlichem, geistigem, soziokulturellem und spirituellem Wohlbefinden. Wir setzen uns für ein Gesundheits- und Sozialsystem ein, bei dem der Mensch anstelle von gewinnorientierten Interessen im Mittelpunkt steht.

Die Verantwortung für die eigene Gesundheit obliegt jedem Einzelnen und darf dem Menschen nicht von Ärzten oder Therapeuten abgenommen werden. Auf Grundlage der gesundheitlichen Selbstbestimmung unterstützen und helfen diese bei der Gesunderhaltung und der Behandlung von Krankheiten. Wir treten ein für ein vielfältiges Gesundheitswesen, in dem sich ganzheitliche und schulmedizinische Heilverfahren ganz selbstverständlich ergänzen und Menschen aller Heilberufe auf Augenhöhe miteinander arbeiten. Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen verdienen Arbeitsbedingungen, die ihnen ermöglichen, sich am Wohl der Patienten zu orientieren.

Das bestehende Abrechnungssystem der Fallpauschalen verursacht Konflikte zwischen dem Patientenwohl einerseits und bestmöglicher Kapitalverwertung andererseits. In Verbindung mit der zunehmenden Privatisierung und Schließung von Krankenhäusern aus wirtschaftlichen Gründen erleben wir eine immer schlechtere Erreichbarkeit in Notfällen

sowie lange Wartezeiten auf Termine. In Summe führt das zu einer massiven Verschlechterung der Qualität medizinischer Versorgung. Wir fordern:

- Reform des Abrechnungssystems und Abschaffung von falschen Anreizen
- Zurückführung von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen in die öffentliche Hand oder in gemeinwohl-orientierte Einrichtungen
- Politische und juristische Aufarbeitung der vorsätzlich in Kauf genommenen Gesundheitsschäden durch die Covid19-Impfkampagne und die sogenannten Schutzmaßnahmen
- Auflösung sittenwidriger Verträge mit Impfstoffherstellern, welche diese von jeglicher Haftung entbinden
- Verbot von Lobbyismus im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Ärzten, Apothekern und allen anderen Heil- und Pflegeberufen
- Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Unsere Lebensumstände tragen maßgeblich zum Erhalt der Gesundheit bei. Insofern leisten sozialverträgliche und familiengerechte Strukturen der Gesellschaft einen großen Beitrag zur Prävention. Dies beginnt mit der Achtung und Stärkung familiärer Strukturen. Als Gesellschaft muss es unser aller Ziel sein, Bedingungen zu schaffen, dass Kinder sich gesund entwickeln und ihr Potenzial entfalten können. Gelebte Mutter- oder Vaterschaft darf nicht zu Nachteilen beim Einkommen oder gar zu Existenzängsten führen.

Wir fordern eine Familienpolitik, in der die Generationengerechtigkeit eine zentrale Rolle spielt. Weder sollen Familiengründer bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gehen, noch ältere Menschen Versorgungslücken oder Vereinsamung fürchten müssen. Die Pflege älterer Menschen muss ebenso gesellschaftlich honoriert werden. Wir begrüßen die Fortschritte in Bezug auf flexible Arbeitszeitmodelle, solange sie nicht zur Vereinzelung und Störung des sozialen Lebens der Beschäftigten führt.

Die missliche derzeitige Situation lässt sich mit Einzelmaßnahmen nicht beseitigen, weil die Ursache fortbesteht. Die Mechanismen des Marktes sind mit den Anforderungen eines menschenwürdigen Gesundheits- und Sozialsystems nicht verträglich. Hier muss die Politik gegensteuern. Wir streben nach einer Gesundheits-, Sozial- und Rentenreform, welche die Ursachen beseitigt und die Menschen mit ihren Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt. Wir können uns dabei auf die Hilfe derer stützen, die im vorhandenen System gefangen sind, Missstände und Widersprüche kennen und das notwendige Mitgefühl für Benachteiligte in sich tragen. Mit dieser Kraft lässt sich unsere Gesellschaft reformieren.

Bildung & Kultur

Kunst, Wissenschaft und Bildung dienen der seelischen, geistigen und körperlichen Entfaltung des Menschen. Politik hat die Aufgabe, die Vielfalt in diesen Bereichen zu fördern sowie die Teilhabe aller zu ermöglichen. Dabei haben Bildungseinrichtungen eine bedeutende Rolle.

Unser Ziel ist ein am Menschen orientiertes Bildungswesen, das die Individualität als Schatz für die Demokratie anerkennt und selbstbestimmtes Lernen ermöglicht. Eine solche Bildung fördert die Persönlichkeitsentfaltung, stärkt soziale Kompetenz sowie die Fähigkeit, Probleme zu lösen. Unsere zentrale Forderung ist das Recht auf Bildung statt einer Schulbesuchspflicht. Darüber hinaus stellen wir uns den Fragen:

- Wie kann Schule gestaltet werden, damit sie dies leisten kann?
- Wie kann die Vielfalt der Bildungsangebote gefördert werden?
- Wie wird eine freie Wahl des Bildungsangebots unabhängig vom Einkommen ermöglicht?
- Wie sieht eine Lehrerausbildung aus, die diesem Anspruch gerecht wird?

Wissenschaft kann sich nur in Freiheit und im kontroversen Diskurs entfalten, unabhängig von finanziellen Verwertungsinteressen, staatlicher Einflussnahme und jeglicher Dogmatik. Dazu ist eine ausreichende, im Vergleich zur Bestehenden, deutlich höhere öffentliche Finanzierung nötig, sowie selbstverwaltete Strukturen.

Kunst und Kultur sind Ausdruck von Freiheit, wirken maßgebend in unserer Bildung und spiegeln die gesellschaftliche und individuelle Identität wider. Sie bringt menschliche Bedürfnisse in ihrer ganzen Breite zum Ausdruck und zeigt dadurch Widersprüche zwischen dem Menschsein und der aktuellen gesellschaftlichen Situation auf. Aktuell belohnen Staat und die Wirtschaft Konformismus mit der Zuteilung von Aufmerksamkeit und Geld.

Um den Trend umzukehren brauchen unsere Kulturschaffenden Unabhängigkeit von staatlicher Einflussnahme und angemessene Budgets, welche die Allgemeinheit bereitstellt. Kultur führt Menschen zusammen, fördert den Austausch und das Verständnis anderer Perspektiven und öffnet so den Raum für kontroverse Debatten.

Außenpolitik & Migration

Die Welt steht heute in einem Spannungsfeld, welches der Blockbildung des Kalten Krieges ähnelt. Als Meilenstein der damaligen Entwicklung gilt die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit ihrer Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975, welche folgende Grundsätze enthält:

- Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten sowie der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker
- Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt
- Achtung der territorialen Integrität
- friedliche Regelung von Streitfällen - Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten
- Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Seit Jahren werden diese Grundsätze missachtet. Wir fordern, unverzüglich zu diesen Grundsätzen zurückzukehren.

Das Militärbündnis, dem Deutschland angehört, die „North Atlantic Treaty Organization“ (NATO), wird von den „United States of America“ (USA) dominiert. Unser Land ist ein wichtiger Standort des amerikanischen Militärs und Schaltzentrale internationaler Militäraktionen. Zusammen mit den USA und anderen NATO-Staaten ist Deutschlands an illegalen Kriegen beteiligt.

Heute befinden wir mitten in einer eskalierenden Situation, die dem Friedensgebot unseres Grundgesetzes widerspricht. Wir fordern den Austritt aus der NATO, den Abzug sämtlichen internationalen Militärs aus Deutschland einschließlich dem Abtransport der bei uns stationierten Atomwaffen sowie die Einhaltung strikter Neutralität.

Unser Verhältnis zur Europäischen Union (EU) ist zu prüfen. In erster Linie ist darauf zu achten, dass die Europäische Union dem Subsidiaritätsprinzip gerecht wird, welches Regelungen auf möglichst regionaler Ebene einfordert und dem Zentralismus entgegenwirkt. Um ihre Existenzberechtigung als Institution zur Völkerverständigung zu behalten muss sich die Europäische Union von einer Plattform des Wirtschaftslobbyismus zu einem Element europäischer Demokratie entwickeln. Eine Entwicklung der Europäischen Union zu „Vereinigten Staaten Europas“ lehnen wir entschieden ab. Ein erster Schritt zu mehr Demokratie wäre die Stärkung der Befugnisse des Europaparlaments gegenüber der Kommission, welche im Auftrag der Regierungen handelt.

Viele Menschen leben nicht dort, wo sie geboren sind. Migration gab es zu allen Zeiten. Sie hat das Leben bereichert und war mit Problemen verbunden. Ohne Frieden, ohne bessere

soziale Verhältnisse in der Welt, ohne gerechte Wirtschaftspolitik wird Massenmigration befördert. Wenn Migranten instrumentalisiert, zum Wirtschaftsobjekt degradiert, zum Feindbild herabgewürdigt oder zur Destabilisierung von Regionen missbraucht werden, überwiegen die Probleme die Bereicherung. Die Menschen werden unsichtbar. Das wollen wir ändern, gemeinsam mit denen, die bei uns ankommen. Dazu gehören folgende Grundsätze:

- unverzügliche Klärung des Aufenthaltsstatus
- Rückführung in begründeten Fällen
- Kennenlernen und Achten der Regeln unseres Gemeinwesens
- unkomplizierte Teilnahme am Wirtschaftsleben
- Bildung und Ausbildung insbesondere für Kinder und Jugendliche

Asyl ist ein Menschenrecht, welches unberührt bleibt, dies bedarf keiner Debatte.

Wirtschaftsmigration, besonders die von der deutschen Politik und Wirtschaft betriebene Abwerbung der Fachkräfte anderer Länder, wird unsere Defizite in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik nicht beseitigen. Durch diese Praxis schaden wir zudem der wirtschaftlichen und friedlichen Entwicklung in anderen Teilen der Welt, was neue Konflikte heraufbeschwört. Wir wollen eine Außenpolitik, die auf Frieden, Kooperation und fairen Austausch gerichtet ist.

Wirtschaft & Finanzen

Seit Jahrzehnten hat sich die Finanzwelt gegenüber der Realwirtschaft und der Gesellschaft zunehmend verselbständigt und ist kaum reguliert. Im Bereich der Realwirtschaft werden hingegen die Gewinnaussichten immer geringer. Sie stellt jedoch die konkrete Basis der Finanzerträge dar und es müssen den vermeintlichen Erträgen aus finanzieller Spekulation reale Wertschöpfungen folgen. Wenn sich diese Aussicht auf Wertentwicklung immer weiter in die Zukunft verlegt, verliert das Wirtschaften von heute seine substanzielle Basis.

Viele Millionen Arbeitslose in der ganzen Welt, eine sich ständig erweiternde Kluft zwischen Arm und Reich, krank machende Produkte und Produktionsprozesse, Umweltverschmutzung, Hunger sowie soziale Ausgrenzung sind die Ergebnisse unseres aktuellen Wirtschafts- und Finanzsystems. Die Eliten aus Wirtschaft und Finanzen bereichern sich hemmungslos und die Geld- und Währungspolitik ist jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen.

Der tiefere Grund für dieses Desaster ist der bedingungslose Zwang zur Geld- bzw. Kapitalvermehrung um ihrer selbst willen. Diesem Mechanismus werden die Menschen und sämtliche Aspekte unserer Umwelt rigoros untergeordnet. In unserem Bildungssystem werden diese Themen bestenfalls am Rande und nur sehr knapp behandelt. Die mangelhafte Bildung

hat zur Folge, dass die überwiegende Anzahl der Menschen den Mechanismus des Geldes nicht versteht. Dieses Verständnis wollen wir in der Bevölkerung fördern. Menschen sollten beispielsweise beurteilen können, was es bedeutet, wenn die Zentralbanken Leitzinsen verändern oder vorgeben KOMMA die Inflation zu bekämpfen.

Es wäre vermessen, an dieser Stelle den konkreten Weg zur Verbesserung des Wirtschafts- und Finanzsektors zu entwerfen. Diese entscheidende und schwierige Aufgabe lösen wir nur gemeinsam mit Menschen, die am unmittelbaren Wirtschaftsprozess interessiert sind. Wenn es gelingt, diese Zusammenhänge hinreichend zu analysieren, zu verstehen und transparent zu machen, werden wir ein Umdenken anstoßen. Gemeinsam finden wir einen Weg, welcher fairen Wettbewerb, Partnerschaft und effizientes Wirtschaften als materielle Grundlage aller anderen Lebensbereiche ermöglicht.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Durch allgegenwärtige Informationsmaschinen hat die Digitalisierung Einzug in das Leben fast aller Menschen gehalten und ist aus vielen Bereichen nicht mehr wegzudenken. Die Einsatzmöglichkeiten künstlicher Intelligenz können wir aktuell nur erahnen. Wir sehen unseren Beitrag darin, den Nutzen und die Risiken einer digitalen Welt transparent zu machen, zu erklären wo Verantwortung liegt oder Manipulation beginnt.

Digitale Technik ermöglicht uns Kommunikation an jedem Ort, erleichtert in vielen Bereichen Arbeitsprozesse und eröffnet neue Möglichkeiten der Teilhabe und des Zusammenarbeitens. Auf politischer Ebene wollen wir durch den Einsatz digitaler Instrumente für eine stärkere Interaktion mit den Bürgern und deren Beteiligung an demokratischen Prozessen sorgen. Im Wirtschaftsleben führt sie zu einer höheren Effizienz und leistet somit einen Beitrag zum Erhalt des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Zweifelsfrei werden wir durch die Digitalisierung und den zunehmenden Einsatz künstlicher Intelligenz große Veränderungen in der Arbeitswelt und auf dem Arbeitsmarkt erleben. Mit Vertretern der Arbeitnehmer ist zu diskutieren, welche politische Unterstützung notwendig ist, um diesen Wandel menschlich und fair zu gestalten und eine Ausgrenzung einzelner zu verhindern.

Die größten Gefahren der digitalen Medien sehen wir im Missbrauch als Kontroll- und Überwachungsinstrument sowie bei falscher Nutzung in der Beschädigung des sozialen Miteinanders. Die Erhebung persönlicher Daten, wie beispielsweise von Einkäufen, Zahlungen und unseres Bewegungsprofils bietet Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten. Eine daraus resultierende Manipulation unseres Konsumverhaltens erleben wir bereits heute. Perspektivisch steht eine Konditionierung unseres Verhaltens über ein Sozialkreditsystem zu befürchten. Wir treten ein für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und fordern eine Überarbeitung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Hinblick auf

Datensparsamkeit bei gewerblichen Anwendungen und eine Vereinfachung im Freizeit-/ehrenamtlichen Bereich.

In unserem Sozialleben beobachten wir wie Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen virtuelle Welten offeriert werden als Ersatz für menschliche Zuwendung. Gleichzeitig müssen viele Kinder und Jugendliche um die Aufmerksamkeit ihrer Eltern mit Handys konkurrieren. Massive psychische Störungen und ein Verlust beim Ausdruck von Gefühlen sind vorprogrammiert und bereits heute wissenschaftlich belegbar. Dieses Problem muss benannt werden und zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte über den Umgang mit Medien führen. Es sollte in jedem Fall die eigene freie Entscheidung sein, ein digitales Werkzeug zu benutzen oder nicht.

Schutz der Lebensgrundlagen

Wir lehnen es ab, Natur und Kultur als Gegenpole zu definieren und sehen uns als Teil der Welt. Den Gedanken, die Umwelt vor dem Menschen schützen zu müssen, beispielsweise durch Arten-, Boden-, Klima- oder Naturschutz, halten wir für irreführend. Der Mensch ist Teil der (Um-)Welt und lebt mit und von ihr. Daraus ergibt sich die Selbstverständlichkeit, diese zu erhalten und damit unsere Lebensgrundlagen zu schützen.

In der aktuellen Umweltdebatte erleben wir eine einseitige Fokussierung auf das Thema Klima und Energie. Befeuert von ideologischen Vorstellungen wird einer breiten wissenschaftlichen Debatte aus dem Weg gegangen und langfristige Schäden durch neue Technologien werden in Kauf genommen. Maßnahmen, die wirklich der Sicherung unserer Lebensgrundlagen dienen, haben keine Lobby, weil damit keine Geldvermehrung im großen Stil verbunden ist. Wir wenden uns dem Ursprung zu und setzen den Blick bewusst auf Land- und Forstwirtschaft, die Schonung von Ressourcen und den Erhalt von Vielfalt. Wir fordern:

- Regionale Versorgungsstrategien mit Lebensmitteln, Wasser und Energie zur Vermeidung unnötiger Wege und Abhängigkeiten
- Technologische Vielfalt u.a. in der Energieversorgung
- Landwirte müssen unabhängig von Subventionen von ihren Einnahmen leben können
- Vielfalt in der Landwirtschaft und Unterstützung solidarischer Modelle
- Faire Preise importierter Lebensmittel
- Erhalt oder behutsame Änderung unserer Kulturlandschaft und der Artenvielfalt
- Erhöhte Anforderungen an die Recyclingfähigkeit von Materialien

Gleichberechtigung

In unserer Partei dieBasis haben wir sowohl auf Bundesebene als auch in unserem Landesverband Sachsen ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern bei den Mitgliedern, in verantwortlichen Positionen der Vorstände und den fachspezifischen Arbeitsgemeinschaften. Dieser Zustand ist spontan, ohne Zutun oder Regularien eingetreten. In unseren Debatten bemühen wir uns um Trennung von sachlicher und persönlicher Ebene. Unterschiedliche Religionen, Weltanschauungen, kulturelle Herkunft, oder sexuelle Orientierung spielen keine Rolle. Vielen ist Gleichberechtigung so selbstverständlich, dass darüber kein Wort verloren wird.

Es wäre vermessen, davon auszugehen, dass es beim Thema Gleichberechtigung nichts zu tun gäbe. Wir sind uns der Defizite, beispielsweise der weltweiten Benachteiligung von Frauen, bewusst. Die gegenwärtigen Diskussionen um Gendern oder Quoten sind Scheindebatten, die von den eigentlichen Ursachen und nötigen Änderungen ablenken. Wir leben Gleichberechtigung und setzen uns für sie ein!

Schlusswort und Impressum

Wir freuen uns über alle Menschen, die Interesse an unseren Themen haben und sich in unseren Austausch einbringen möchten!

Basisdemokratische Partei Deutschland

dieBasis

Landesverband Sachsen

gs@dieBasis-sachsen.de

Grundfassung 2023/7-001 verabschiedet am 09.07.2023